

## **Antrag – Entwurf –**

der Fraktion der Piraten

## **Große Koalition am Horizont - das schönste Weihnachtsgeschenk für unser Land**

### **I. Hintergrund**

Auf Bundesebene zeichnet sich die Bildung einer Großen Koalition zwischen SPD und CDU/CSU ab. Auch nordrhein-westfälische Regierungspolitiker haben an den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene teilgenommen und damit das Regierungsprogramm einer möglichen Großen Koalition maßgeblich mitgestaltet.

Für die SPD waren folgende Regierungsmitglieder aus NRW an den Verhandlungen beteiligt:

- Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD und stellvertretende SPD-Vorsitzende
- Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister von Nordrhein-Westfalen
- Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk in Nordrhein-Westfalen
- Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr in Nordrhein-Westfalen
- Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales von Nordrhein-Westfalen
- Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Für die CDU waren folgende Mitglieder des Landtags NRW an den Verhandlungen beteiligt:

- Armin Laschet, nordrhein-westfälischer CDU-Vorsitzender und stellvertretender CDU-Bundvorsitzender
- Karl-Josef Laumann, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag NRW

### **II. Der Landtag stellt fest:**

1. Laut SPD-Parteivorsitzendem Sigmar Gabriel trägt der zwischen SPD und Unionsparteien ausgehandelte Koalitionsvertrag *"eine sozialdemokratische Handschrift und beinhaltet vieles, was das Leben der Menschen in Deutschland erleichtern und besser machen soll."* Er zeige, *"dass Politik keine abstrakte Veranstaltung irgendwo in der Mitte Berlins ist, sondern Arbeiten und Zusammenleben in unserem Land ganz konkret in den Blick nimmt."* [1]

2. CDU-Generalsekretär Gröhe betonte, dass sich die intensiven und harten Verhandlungen gelohnt hätten. Der entscheidende Maßstab sei, dass der Koalitionsvertrag unser Land voranbringe. Er kommentiert: *"Der Vertrag spiegelt in*

*guter Weise das Wahlergebnis wieder und ist von einer kräftigen Handschrift der Union geprägt." [2]*

3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass der Koalitionsvertrag gleichzeitig die Handschrift von SPD und Union trägt.

### **III. Der Landtag beschließt:**

Der Landtag beglückwünscht die an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Mitglieder der Landesregierung zu ihrem selbstlosen Einsatz und begrüßt die hervorragenden Verhandlungsergebnisse, insbesondere:

1. den Einstieg in die Totalüberwachung der Gesellschaft durch die geplante Einführung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung;
2. den dokumentierten Willen, weiterhin keine ernsthaften Anstrengungen zur Aufklärung des NSA-Überwachungsskandals unternemen zu wollen;
3. die Aussicht, dass Supergrundrechtsminister Friedrich auch in Zukunft demonstrativ bekunden kann, keinerlei Interesse am Schutz unserer Grundrechte zu haben;
4. die Durchsetzung einer fortschrittlichen Familienpolitik durch die Beibehaltung des "schwachsinnigen" Betreuungsgeldes (Zitat SPD-Bundestagsfraktion [3]); ~~und der reduzierten Mehrwertsteuer für Hotels~~;
5. den anhaltenden Stillstand beim Ausbau des Breitband-Internets - wodurch Deutschland in Sachen Infrastruktur auch in den kommenden Jahren nur mittelmäßig bleibt;
6. den Abschied vom Prinzip der Netzneutralität durch die geplante Zulassung priorisierter Dienste ("Managed Services"), was die Dominanz der großen Player im Online-Bereich mittelfristig zementieren wird und Innovationen hemmt;
7. den halbgaren Kompromiss bei der doppelten Staatsbürgerschaft, wonach jemand, der nicht in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, sich auch in Zukunft für einen Pass entscheiden muss - egal, wie lange er oder sie in Deutschland lebt;
8. die Fortsetzung der verheerenden Austeritätspolitik von Bundeskanzlerin Merkel auf europäischer Ebene;
9. den Abschied von der Energiewende durch eine Vielzahl von Maßnahmen zugunsten der ~~Kraftwerkslobby~~-Oligopole, etwa durch den sogenannten "Kapazitätsmechanismus" - Zitat WDR: *"RWE, Eon und Co. sollen Geld dafür bekommen, Kraftwerksreserven vorzuhalten"* [4]
10. die völlige Abwesenheit jeder Bemühung, ein gerechteres Steuersystem in Deutschland zu etablieren und ein weiteres Auseinandergehen der sozialen Schere zu verhindern;

11. den Verzicht auf die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns, der diesen Namen tatsächlich verdient, durch die Verankerung zahlreicher Sonder- und Ausnahmeregelungen;
  12. den Verzicht auf die Gleichstellung von Homosexuellen durch Verhinderung der "Homo-Ehe" und eines allgemeinen Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare;
  13. die Einführung von Sippenhaft durch Ausweitung der Fahndung bei Massengentests auch auf Verwandte der getesteten Personen (sogenannte Beinahe-Treffer);
  14. die Aussicht, dass Abgeordnetenbestechung auch weiterhin straflos bleiben wird;
  15. die weitere Privatisierung der Rechtsdurchsetzung im Internet und die weitere Aufweichung des Haftungsprivilegs für Internetunternehmen;
  16. das Außerachtlassen der dringend notwendigen Verkehrswende durch den ausschließlichen Fokus der Verkehrspolitik auf Autos, Straßen und PKW-Maut sowie durch das Ignorieren neumodischer Forderungen nach Erhalt der Infrastruktur;
  17. die Einführung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung durch das Ausschöpfen des vom Bundesverfassungsgericht eingeräumten maximal möglichen Spielraums;
  18. die unterlassenen Bemühungen, für eine effektive Sicherheit für die IT von Bürgern und Unternehmen zu sorgen und stattdessen den Schutz per Einführung eines IT-Sicherheitsgesetzes herbeizudefinieren;
  19. die ausbleibenden Impulse für einen transparenten, autonomen und ausreichend finanzierten Hochschulbereich;
  20. den dokumentiert niedrigen Stellenwert, den die Transparenz staatlichen Handelns für die Koalitionspartner hat;
  21. die Aussicht auf weiterhin kostenpflichtige frühkindliche Bildung;
  22. die Beibehaltung des Kooperationsverbotes, was jede Synergie zwischen Bundesländern im Bildungsbereich im Keim zu ersticken droht;
  - ~~23. die konsequente Fortführung der bewährten Verkehrspolitik (jetzt bei Punkt 16)~~
  23. die Stärkung der finanziellen Eigenverantwortung der ohnehin prosperierenden Kommunen, indem die Entflechtungsmittel nicht erhöht werden;
  24. den Verzicht auf Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen;
- (42. dass es wieder einmal gelungen ist, im Koalitionsvertrag nicht niederzuschreiben, die Welt sei keine Scheibe.)

etc. pp.

**#nicht.**

[1] [http://www.spd.de/linkableblob/112916/data/20131127\\_unsere\\_handschrift\\_koalitionsvertrag\\_mini\\_broschuere.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/112916/data/20131127_unsere_handschrift_koalitionsvertrag_mini_broschuere.pdf)

[2] <http://www.cdu.de/artikel/groehe-bundesvorstand-billigt-koalitionsvertrag>

[3] <http://www.spdfraktion.de/themen/das-betreuungsgeld-ist-schwachsinnig>

[4] <http://www1.wdr.de/themen/politik/seriekoalitionsvertrag104.html>